№ 19. Inowraclaw, Montag, den 6. März. 1865.

Kujawisches Wochenblatt.

Vierter Jahrgang.

Erscheint Montags und Donnerstags.
Vierteljährlicher Abonnementspreis:
für Hiesige 11 Sgr., durch alle Kgl. Postanstalten 12½ Sgr.

Verantwortl. Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr.
Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nro. 7.

Vom Landtage.

[Abgeordnetenhaus. 15. Sitz. v. 3. März.] Der Handelsminister bringt zwei Gesetzentwürfe ein. Der erste, welcher die Aufhebung des § 3 des Gesetzes vom 14. Sept. 1857 über den Gewerbebetrieb in den hohenzollern'schen Landen ausspricht, wird durch Schlußberathung im Hause erledigt werden, für welche die Abg. Riesenstahl und von Rönne zu Referenten ernannt werden. Der zweite Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Offiziers-wittwenkasse, wird der Kommission für Finanzen überwiesen.

Das Haus tritt nun in die Tagesordnung ein, auf der zunächst die Interpellation des Abg. Möller steht. Nachdem der Minister des Innern sich bereit erklärt hat, dieselbe sofort beantworten zu wollen, verliest der Abg. Dr. Möller die bekannte Aufforderung des Landraths des Kreises Preußisch-Eylau, Herrn v. Tettau-Tolks zu wählen und fährt in folgender Weise fort: Dieser Schritt zur Aufstellung von Regierungskandidaten nach napoleonischem Muster (Hört!) ist uns gewiß neu und bewegt mich um so mehr zur Einbringung einer Interpellation, als ich fürchten muß, daß die weitere Ausdehnung dieser Maßregel bei den künftigen Wahlen erfolgen wird. Der Landrath unseres Kreises ist ein gemäßigter Mann und scheint zu jener Aufforderung durch den Regierungs-Präsidenten veranlaßt worden zu sein, welcher persönlich zahlreiche Wähler, ja selbst das schwache Geschlecht, für die Wahlen bearbeitete. (Heiterkeit.) Demnach fürchte ich, daß die Regierung sich mit der Handlungsweise des Landraths einverstanden erklären wird, wie sie schon früher es leider nie verstanden hat, sich über den Parteien zu halten, sondern liberal wählende Beamte disciplinirte und konservative belohnte. Vielleicht wird gesagt, die Annonce des Landraths enthalte nur einen guten Rath an die Wähler; aber wer die Macht eines Landraths kennt und weiß, daß bei der Einschätzung zu den direkten Steuern und der Ausübung der Polizei vielfach auf die politische Gesinnung Rücksicht genommen wird, sieht ein, daß hier auch zu Grunde liegt Drohung und Verheißung. (Bravo!) Solche amtliche Organe, welche die Wächter der Sittlichkeit sein sollten, sind die Verführer des Volkes (Bravo.) Die Regierung hat eine Partei hinter sich nöthig, aber diese gewinnt man nicht dadurch, daß man die Gegenpartei knebelt und aller Freiheit beraubt (Bravo.) Warum verhängt man gerade über unsere Provinz Maßregeln, wie nirgends wieder? Nirgends ist die Presse so unterdruckt und die ungerechtfertigte Auflösung von Versammlungen häufiger als bei uns (Hört!) Warum plagt man uns mit Beamten, nachdem noch nicht lange das durch die politische Todtenschau berüchtigte Kleeblatt beseitigt ist, denen — ich sage nicht das Verständniß für Recht und Unrecht — sondern jedes Gefühl für Anstand abgeht (Bravo.) Durch die Herren v. Maurach und Kamptz ist eine Präfektenwirthschaft eingeführt worden. Was aber hat man damit erreicht? Wer nicht allein nach der Oberfläche urtheilt, sieht die gährende Erbitterung gegen dieses System, Ostpreußen ist die radikalste Provinz im ganzen Staate geworden, der konservativen, selbst der altliberiler Partei wird aller Boden entzogen. Schon vor 1813 hat dieses Volk seinen unbeugsamen Freiheitssinn bewiesen, und wenn ich Pessimist wäre, würde ich der Regierung danken für ihre Maßregeln, welche ihr Ansehen völlig untergraben. Der Satz, „der Zweck heiligt die Mittel" gilt nicht mehr, die beste Sache ist verloren, wenn sie durch unreine Hände und schlechte Mittel erstrebt wird (Lebhafter Beifall). Möge die Regierung eilen zu retten, was noch zu retten ist (Lebhafter Beifall).

Hierauf ergreift das Wort zur Beantwortung der Interpellation, der Minister des Innern Graf Eulenburg: Ich werde auf den sehr leidenschaftlichen Angriff des Interpellanten sehr ruhig antworten, vielleicht wird schon das beweisen, daß ich im Rechte bin. Der Herr Interpellant hat vergessen anzuführen, daß er selbst die Veranlassung gewesen ist, warum der Landrath des Königsberger Kreises die Aufforderung hat ergehen lassen, den Hrn. v. Tettau-Tolks zu wählen. Der Hr. Interpellant hat am 24. Januar d. J. von Berlin Folgendes veröffentlichen lassen: (liest) An die liberalen Wahlmänner der Kreise Eylau-Heiligenbeil! Hr. v. Saucken-Julienfelde hat aus formellen Gründen die nach dem Ausspruche des Abgeordnetenhauses rechtsgiltig auf ihn gefallene Wahl abgelehnt und es ist in Folge dessen eine Neuwahl vorzunehmen. Die liberale Partei hat im dortigen Wahlkreise die Mehrheit. — Das hat meine mit 17 Stimmen Majorität erfolgte Wahl bewiesen. Es kommt nun darauf an, daß jeder Wahlmann es als seine heilige, ihm von seinen Mitbürgern übertragene Pflicht erkenne, bei der Wahl zu erscheinen und seine Stimme abzugeben. Mitbürger! Ihr habt die Erfahrung gemacht, wie viel von einer einzigen Stimme abhängen kann. Seid dessen eingedenk und sorgt durch eifrige Betheiligung dafür, daß nicht etwa durch die Versäumniß eines Einzelnen der Kreis zu einem Vertreter komme, welcher nicht der der Mehrheit wäre. Berlin, 24. Januar 1865. Fr. Möller, Abg. für Eylau-Heiligenbeil. M. H., was heißt das nun? Der Herr Interpellant hat gefragt, ob ich verblümt oder offen antworten werde. Gewiß offen, wie in allen Fällen. Seine Aufforderung war eine verblümte Aufforderung, den Hrn. v. Saucken-Julienfelde zu wählen, den der Herr Interpellant für den rite gewählten Abgeordneten gehalten hat; der Landrath hat den Hrn. v. Tettau-Tolks für den rite gewählten Abgeordneten gehalten und gesagt, die Wahl ist nur aus formellen Gründen für ungiltig erklärt und deshalb hat er aufgefordert, bei dem bisher gewählten Abgeordneten zu bleiben. Materiell halte ich die Aufforderungen für durchaus identisch. Es fragt sich jetzt, ob darin, daß eine Aufforderung vom Landrath ausgegangen ist, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung liegt und ob also die Regierung in der Lage ist, das Verfahren des Landraths billige (Bravo rechts, Unruhe links) und deshalb keine Veranlassung habe — ich wiederhole es — dasselbe in diesem oder in einem späteren Falle zu rügen. M. H., ich habe gesagt, ich will offen antworten, und deshalb erkläre ich, das jedes Wahlcirkular, das ein Minister des Innern bei bevorstehenden Wahlen erläßt, mehr oder weniger eine direkte Aufforderung an die Kgl. Beamten, namentlich an Diejenigen, die den faktischen Verhältnissen nahe stehen, enthält für das Zustandekommen von Wahlen, welche der Regierung günstig sind, zu stimmen. Mag es ein Minister geschickter ausdrücken, als ein anderer, mag er sich in allgemeineren Redensarten bewegen, als ein anderer, jedenfalls wird der Zweck immer der sein, die Beamten zu encouragiren, innerhalb ihres Wirkungskreises, und soweit es nicht gegen das Gesetz verstößt, für das Zustandekommen von solchen Wahlen zu wirken, welche der Regierung genehm sind. Denn eine Regierung in Preußen kann auch jetzt auf die Länge nicht heilsam wirken, wenn sie nicht eine Majorität für sich hat. (Hört, hört!) Das erkläre ich hiermit offen, und deshalb eben ist das Bestreben der Regierung dahin gerichtet, eine solche Majorität für sich zu gewinnen, was ihr hoffentlich mit der Zeit nicht fehlen wird. (Bravo rechts, Unruhe links.) Nun frage ich, meine Herren, was für ein Unterschied ist zwischen dem Wirken eines Landraths, der seine Pflicht und der an ihn gerichteten Aufforderung gemäß sich die Mühe giebt, im Kreise herum zu reisen, mit den Leuten zu sprechen, sie aufzuklären, ihnen die Wünsche der Regierung darzulegen und dann zu sagen: Stellt einen Kandidaten auf, welcher den Anforderungen entspricht, welche die Regierung macht! oder der da selbst sagt: Der und der ist der geeignete Mann, er wird die Intentionen verfolgen, die die Regierung sich gesteckt hat; vereinigen wir unsere Stimmen auf ihn! Wenn er nun im Kreise findet, daß eine große Anzahl von Wählern vorhanden ist, die geneigt ist, für die Regierung zu stimmen, und wenn er dann im amtlichen Kreisblatte sagt: Hier in unserer Mitte ist ein solcher Mann. Wollen wir endlich Frieden im Lande haben, wollen wir den Wünschen entsprechen, die Se. Majestät in der Thronrede ausgesprochen, den Wünschen, die im Interesse des Landes liegen, wollen wir den Wünschen nach Versöhnung endlich Rechnung tragen, so müssen wir diesen Mann — und er nennt ihn dabei mit Namen — wählen. Können Sie darin irgend ein Faktum finden, welches auch nur im Entferntesten entweder gegen die Strafgesetze verstößt — und das ist nicht einmal behauptet worden — oder gegen die Verwaltungs-Grundsätze verstößt — auch das ist nicht behauptet worden — eventuell würde ich es bestreiten — oder eine Wahlbeeinflussung in einem Maße involvirt, daß dadurch die Freiheit der Entscheidung des Bürgers irgend wie beschränkt würde? (Lebhafte Rufe: Ja! ja!) Das bestreite ich, und ich weise auf das Bestimmteste und Energischste zurück, was der Herr Interpellant gesagt hat, daß jemals ein Landrath, und wenn er mit noch so viel stärkeren Worten die Wahlmänner zu einer bestimmten Wahl auffordern würde, im Hintergrunde den Gedanken haben könne, diejenigen Wähler, welche

nicht danach stimmen, auf irgend eine Art zu maßregeln. (Große Unruhe.) Die ausdrücklichste Hindeutung des Hrn. Interpellanten auf die Einschätzung bei den direkten Steuern halte ich für eine Verleumdung; (Bravo rechts; Oho links), aber ich wünsche, daß in allen solchen Fällen, wo behauptet wird, daß dergleichen vorgekommen, man einen solchen Fall mir namentlich nachweise, um denselben mit aller Energie zu verfolgen und ein Exempel statuiren zu können; bis dahin aber bestreite ich auf das Bestimmteste, daß ein solcher Fall auch nur annäherungsweise vorgekommen ist. Wenn der gute Rath, der von dem Landrathe ertheilt wird einen Einfluß übt, so kann die Regierung sich nur gratuliren, daß Landräthe überhaupt noch einen solchen Einfluß ausüben können, obgleich er in diesem Falle leider Gottes nur dahin gegangen ist, im ganzen Kreise eine einzige Stimme zu gewinnen. Ich behaupte also meine Herren, wiederholt, daß der Landrath im Rechte war, daß kein Grund vorliegt, ihn zu reprobiren und daß auch in künftigen Fällen ich nicht in der Lage sein würde, eine geschickt und anständig gefaßte Erklärung, wie diese, zurückzuweisen, weil ich davon keine Art von Wahlbeeinflussung in einem verbotenen Sinne sehe. — Nun sagt der Interpellant: Laßt zwischen den Parteien Wind und Sonne gleich sein. So wie der Landrath spricht, amtlich im amtlichen Blatte spricht, so sieht er eben diese Gleichheit. Meine Herren! Das bestreite ich. Die Parteibildung in Preußen kann man nicht ohne Weiteres mit der Parteibildung in andern Ländern auf eine Stufe stellen (Oho! links), wir leben in einem jungen Verfassungsleben und haben kaum Zeit gehabt, diejenige Formation der Parteien vor sich gehen zu lassen, die in allen constitutionellen Ländern wie ein historisches Faktum Einem entgegentritt. Naturgemäß organisirt sich eine oppositionelle Partei am schnellsten und leichtesten, so ist es auch in Preußen gegangen. Eine conservative Partei hat an und für sich einen großen Trieb zur Regsamkeit; sie hält sich im Recht und darum darf ihr das Recht auch nicht verkürzt werden (Heiterkeit und Unruhe links). Ja, meine Herren, ich spreche meine Meinung aus, in Preußen ist die conservative Partei wesentlich geneigt, Gott sei Dank geneigt, sich an die Regierung anzuschließen, von der Regierung Impuls und Stütze zu erwarten. Meine Herren! Diesen Grundsatz und dieses Faktum kann keine Regierung entbehren. Sie werden in Preußen niemals eine noch so liberale Reform, wenn sie heilsam wirken soll, durchbringen, wenn Sie sie nicht mit Hülfe der konservativen Partei durchbringen. Liberale Ministerien, welche — vielleicht halten Sie das nicht für richtig — einen Augenblick in einem guten Einvernehmen mit den Conservativen über einen Gegenstand stehen, haben, glaube ich Unrecht gethan, sich auf den Liberalismus zu verlassen. Auch ein liberales Ministerium kann, wenn es wirklich heilsame Maßregeln vorschlägt, kraft dieser die Conservativen überzeugen, und in kürzerer oder längerer Zeit dahin bringen, einzustimmen, um mit ihrer Einwilligung der Maßregel die Wege zu bahnen. Das würde für Preußen heilsamer sein und besser, als wenn man die Unruhe in das Land wirft, um ein Ministerium zu stürzen. Neben diesen Partheien des äußersten Liberalismus und des Conservatismus giebt es eine Partei in Preußen, die, wie ich glaube, die Majoritäten macht. Diese ist wesentlich apathisch, und es fehlt ihr alle Bewegung (Widerspruch). Glauben Sie denn, daß die Majoritäten, die heut zu Tage sich herausgestellt haben, aus lauter bewußten Wählern hervorgegangen sind? (Unruhe. „Ja! ja.") Diese Leute sagen nicht: wir wählen deshalb, damit wir der Regierung Opposition machen, auf jedem Schritt ihr Schwierigkeit bereiten. (Große Unruhe links, wodurch der Minister einige Zeit in seiner Rede unterbrochen wird.) Nein; der größte Theil derselben dachte, nun, ich wähle blos so, damit ich social nicht incomodirt werde, die Regierung wird schon so vernünftig und stark sein (große Heiterkeit links), nachtheilige Folgen, die aus solchen Wahlen entspringen könnten, zu verhüten. Wenn die conservative Partei einmal dahin kommen wird, nicht mehr zu sagen: Wir sind conservativ um der Regierung willen, sondern sagen wird: Wir sind conservativ den Interessen des Landes wegen und darum unseres eigenen Interesses wegen, dann wird es besser stehen in Preußen. Das habe ich über die Sache selbst zu sagen. Auf die Schlußbemerkung des Hrn. Interpellanten, der sich Aeußerungen über einen hochgestellten preußischen Beamten erlaubte, bemerke ich, daß der Hr Dr. Möller kein kompetenter Richter über einen hochgestellten Beamten in Preußen ist.

Auf Antrag des Abg. Dr. Möller wird hierauf mit großer Majorität eine Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Möller: Der Landrath hat seine Aufforderung, Hrn. v. Tettau zu wählen, amtlich erlassen; das hat der Minister übersehen. Wenn der Herr Minister durch solche Hilfe der Beamten eine Abgeordnetenmajorität schafft, so wird diese keinen Boden im Lande haben. Wenn der Minister behauptet, daß ich hochgestellte Beamten angegriffen und verleumdet habe, so tritt er in die Fußtapfen des Präsidenten von Kamptz (?) (Bravo!). Der Redner theilt einige Fälle mit, wo in Folge der letzten Wahl in Pr. Eylau, Wahlmänner wegen ihrer letzten Abstimmung Nachtheile erlitten haben, indem er weiteres Material in Aussicht stellt.

Abg. Schulze (Berlin): Der Minister würde wahrscheinlich nicht den Interpellanten der Verleumdung geziehen haben, wenn er bei den Verhandlungen über die neulich cassirten Wahlen zugegen gewesen und Kenntniß von den bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebrachten ungesetzlichen Wahlbeeinflussungen des Landraths durch Drohungen u. s. w. genommen hätte.

Abg. Reichensperger: Im Jahre 1854, wo die liberale Opposition den Wahlbeeinflussungen des Ministers Westphalen entgegengetreten ist, handelte es sich nur für diese darum ungesetzliche Regierungseinflüsse auf die Wahlfreiheit auszuschließen, nicht aber blos moralische Einwirkungen durch Meinungsäußerung, die in allen Ländern der Regierung zugestanden wird, sogar in der Schweiz. Auch unter dem Ministerium Schwerin ist eine solche moralische Beeinflussung, ohne daß sie dem Tadel ausgesetzt, geübt worden. Deshalb kann ich auch im vorliegenden Falle nichts Ungesetzliches entdecken.

Abg. v. Mitschke-Collande: Ich gehöre zu den ältesten Mitgliedern des Hauses und saß zu einer Zeit als die konservative Partei die herrschende Majorität war und in allen gesetzlichen Fragen den Ausschlag gab. Es ist daher hart, wenn man uns sagt, daß wir, obgleich wir auf 34 zusammengeschmolzen sind, keine Partei im Lande haben und nur der Erwirkung der Regierung allein unsere Sitze verdanken. Auf die Bemerkung des Herrn Ministers, daß im Lande keine konservative Partei existire, die für sich allein bestände und sich nicht mit der Regierung identifizire, erwidere ich, daß die konservative Partei oft gegen die Regierung gestimmt hat und erinnere in dieser Beziehung nur an unsere Vota gegen die Gemeinde-Ordnung von 1850 (aha, Heiterkeit links), gegen das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz (erneuerte Heiterkeit), gegen die Grundsteuergesetze. Die konservative Partei stimmt nicht mit der Regierung, sondern nach ihrer Ueberzeugung. Ich bin selbst Landrath gewesen und habe alle Mittel, die nicht mit dem Gewissen übereinstimmten, gemißbilligt, namentlich die Benachtheiligung von Wählern durch Erhöhung der Steuern wegen ihrer politischen Gesinnung. Aber es ist Pflicht der Regierung alle erlaubten Mittel anzuwenden, um Männer ihrer Ansicht in dieses Haus zu bringen.

Abg. Virchow: Die Consequenz aus den Aeußerungen des Herrn Ministers, mit allen Mitteln auf das Zustandekommen einer regierungsfreundlichen Majorität hinzusteuern, recrurirt auf die pure Gewalt. Dadurch könnte höchstens ein momentan glänzender Zustand herbeigeführt werden, der den Keim des Verderbens in sich trüge. Ein Staatsmann sollte doch noch andere Gesichtspunkte haben. Seltsamer Weise stellt der Minister die Maßregelungen wegen liberaler Wahlen in Abrede. Wir können 100 derartiger Fälle nachweisen. Es läßt sich allerdings schwer darthun, daß der Landrath die Klassensteuer höher geschraubt, weil liberal gewählt wurde, aber es läßt sich nachweisen, daß in überwiegender Weise gerade liberale Wähler höher besteuert worden sind und daß die Meinung im Lande besteht, daß die höhere Besteuerung eine Folge der liberalen Abstimmung ist.

Minister des Innern: Ich erwidere dem Vorredner, daß die Regierung keine ungesetzliche Beeinflussung dulde, und daß eine solche nicht existirt. Ich bestreite, daß im Lande der Verdacht materieller Benachtheiligung wegen Abstimmung bei den Wahlen bestehe und thue dies auf Grund meiner Kenntniß in allen Wahlkreisen. Am fernsten liegt uns der Gedanke, einen Abgeordneten wegen seiner Abstimmung zu maßregeln. Ich hasse nichts so sehr als die Polizeiwirthschaft, aber ich stütze mich auf das Gesetz und Sie können nichts Ungesetzliches darin finden, wenn ich die Landräthe anweise, für Regierungswahlen zu wirken.

Abg. Graf Schwerin: Ich habe mich oft gegen ungesetzliche Wahlbeeinflussung ausgesprochen und in Folge dessen auch für Anullirung von Wahlen gestimmt. Um so mehr kann ich jetzt erklären, daß ich in dem landräthlichen Erlaß keine ungesetzliche Maßregel finde, wobei ich indeß dahingestellt sein lasse, ob die namentliche Bezeichnung der Kandidaten eine geschickte und Beweis einer starken Regierung ist. Ich übergehe die ministerielle Kritik des liberalen Ministeriums. Mit dem Minister stimme ich auch darin überein, daß eine Regierung nur dann gedeihliche Früchte tragen kann, wenn sie in Uebereinstimmung mit einer großen konservativen Partei im Lande sich befindet. Unter konservative Partei verstehe sich aber die große Verfassungspartei, die auf dem Boden des Rechts für einen gedeihlichen Fortschritt wirkt, nicht aber die sogenannte Agitationspartei, welche sich aus allen Lagern rekrutirt. Der konservativen Partei, wie sie sich jetzt so zu nennen pflegt, möchte ich die Zukunft des Landes nicht anvertrauen. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Dr. Bender: Ich kann selbst aus aus eigener Erfahrung über den Eindruck der betreffenden landräthlichen Annonce berichten. Die Billigung der Ministers wird dahin führen, daß die Landräthe völlig ihren Kredit verlieren. Ich wundere mich über Hrn. Graf Schwerin, der es doch selbst für ein Unglück erklärt hat, wenn ein Landrath genöthigt wird, für eine Partei zu agitiren, der er nicht angehört. Das Unglück ist da, denn der Landrath der jetzt zur Wahl des Hrn. von Tettau aufgefordert hat, hat vor 3 Jahren für Herrn Schubert agitirt. Was aber die Wirkung seiner Agitation betrifft, so muß ich sagen, viel zu viel für so wenig.

Abg. v. Gottberg: Hr. Graf Schwerin rechnet wohl zu seiner conservativen Partei auch die Fortschrittspartei, mit der er ja in der letzten Zeit immer eingestimmt hat. Seine Stellung leidet jetzt überhaupt an derselben Unklarheit, wie seine Wählerlasse im Jahre 1861 (Unruhe). Das liberale Ministerium hat diese Majorität herbeigeführt, weil es das Königthum in den Kampf geführt hat. Die Drohung des Abg. Schulze, der unsere Wahlen fortwährend anulliren will, fürchte ich nicht. Denn auch hier müßte eine gewisse Grenze innegehalten werden, da sonst der zu straff gespannte Bogen leicht brechen könnte.

Was die Klagen über zu hohe Steuerheranziehung wegen liberaler Abstimmung betrifft, so könnte ich erwidern, daß bei Veranlagung der städtischen Abgaben die konservativen Einwohner ebenfalls gebührend berücksichtigt worden sind. Uebrigens ist das Resultat der in Rede stehenden sogenannten Beeinflussung jedenfalls kein großes, da die Majorität nur eine Stimme beträgt. — Hierauf wird der Schluß der Debatten angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Freiherr von der Heydt: Ich halte den Angriff des liberalen Ministeriums, dem ich ebenfalls angehört habe, für unzutreffend und ungehörig und glaube noch, es würde große Dienste geleistet haben, wenn es mehr Unterstützung im Lande gefunden hätte.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung des 1. Berichts der Justizkommission über Petitionen. Die meisten Anträge der Kommission werden ohne Debatte angenommen und gewähren kein Interesse. Der erste Bericht der Petitionskommission (die Dissidenten betreffend) wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Referent Abg Richter durch Krankheit verhindert ist, der Sitzung beiwohnen. Schluß der Sitzung kurz vor 1½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch um 10 Uhr.

Deutschland.

Berlin. Es macht großes Aufsehen, daß die Hofbesitzer in Ostpreußen anfangen, die Zahlung der Gebäudesteuer zu verweigern, weil sie das Abgeordnetenhaus noch nicht bewilligt hat. John Reitenbach steht nicht mehr allein. Es ist nicht uninteressant, bei dieser Gelegenheit zu hören, daß vor Kurzem einmal hier in Berlin ein eigenthümliches Experiment gemacht wurde, wie es zugehen würde, wenn eine Nichtzahlung der Steuern einträte. Ein hiesiger Kaufmann ließ sich wegen einer Steuerschuld, die er nicht zahlte, ein Dutzend silberne Löffel abpfänden. Sie wurden der Vorschrift gemäß zum Auktionskommissarius geschickt und von diesem versteigert. Hierzu hatten sich Freunde des Kaufmannes eingefunden, welche wahrscheinlich die anwesenden Händler von ihrem Vorhaben unterrichteten. Das Gebot begann mit einer kleinen Summe; dann hieß es jedesmal in möglichst langen Zwischenräumen: einen Pfennig mehr, und jedesmal, wenn der Auktionskommissarius in Verzweiflung zuschlagen wollte, hörte man das verhängnißvolle Pfennig-Gebot. Auf diese Weise vergingen fünf Stunden, bis der Zuschlag erfolgen konnte. Der Zweck war erreicht. Man hatte sich überzeugt, daß eine Versteigerung abgepfändeter Sachen so gut wie unmöglich sei, wenn das System des Pfennig-Gebotes angewendet würde. Nun denke man sich, daß viele Tausende ihre Sachen abpfänden lassen. Es müßten eigene Speicher dazu errichtet werden, um sie unterzubringen, bis sie zur Auktion gelangen könnten.

Die Kronsyndici sollen herausgefunden haben, daß der Herzog Friedrich nur auf ⅓ von Schleswig-Holstein Anspruch habe. Will er Herzog werden, so muß er Preußen entschädigen; will er es nicht, so bekommt er Entschädigung. Das meinen natürlich nur die Kronsyndici.

Wien, 1. März. Wie die „Gaz. Nar" berichtet, ist in den gebirgigen Gegenden Galiziens eine Hungersnoth ausgebrochen, die eine schreckliche Dimension anzunehmen droht. Bis jetzt kamen den zahlreichen betroffenen Ortschaften von keiner Seite Unterstützungen zu, nur die Regierung hat zur Erleichterung der Steuerzahlenden angeordnet, daß die für das Jahr 1865 bereits gezahlten Steuern zurückerstattet, die noch nicht gezahlten aber nicht eingefordert werden sollen. Wie verlautet, beabsichtigen die Galizischen Abgeordneten im Reichsrathe noch weitergehende Unterstützungen zu erwirken.

Frankreich.

Paris. Das Organ des Prinzen Napoleon, die „Opinion Nationale", bringt heute ein kurzes Schreiben, mit welchem der Prinz 2000 Frcs. für die polnischen Flüchtlinge an das hiesige Komitee einsandte.

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Die Vertheilung neuer für das laufende Jahr gültigen Aufenthaltskarten an sämmtliche im hiesigen Kreise sich aufhaltenden polnischen Flüchtlinge wird in nachstehender Weise im landräthlichen Büreau hierselbst während der Dienststunden statthaben: 1) für die Städte Inowraclaw, Gniewkowo, Strzelno und Kruschwitz am 13. d. Mts., 2) für den Distrikt Kruschwitz am 14. und 15. d. 3) für den Distrikt Louisenfelde am 16. d. M. 4) für die Distrikte Inowraclaw und Gniewkowo am 17. d., 5) für die Distrikte Strzelno und Tarkowo am 18. und 20. d. M. Es ist durchaus nicht nöthig, daß jeder polnische Flüchtling persönlich seine Karte hier abholt, es reicht vielmehr hin, wenn der Ortsvorstand entweder selbst mit allen Karten erscheint, oder diese mittelst Anschreibens dem Kgl. Landrathsamte zusendet und werden alsdann die neuen Karten gegen Erlegung des Stempelbetrages von 15 Sgr. pro Karte sofort ausgefertigt. Gegen Flüchtlinge, die neue Karten nicht gelöst haben, wird eventuell deren Auslieferung verfügt werden.

— [Theater.] Die Wiederholung der Posse „Pechschulze", welche am Donnerstage statthatte, hat ein ziemlich besetztes Haus herbeigezogen und allgemeinen Beifall gefunden. Hr. Meyer florirte in seiner originellen und humoristischen Darstellung des Rentier Schulze, seine Couplets schlugen entschieden durch und riefen große Heiterkeit hervor. Fr. Märtens (Auguste) Frl. Gippert (Minna), Hr. Glabisch (Musketier Schulze), Hr. Sauer (Müller) waren ihren Aufgaben vollkommen gewachsen und sangen und spielten so munter und frisch zusammen, daß es eine Freude war. Den besten Dank würde sich aber Herr Meyer erworben haben, trüge er alle zu dieser Posse unbedingt gehörigen Couplets vor: daher ihm auch das Publikum nicht so dankbar war wie bei der ersten Aufführung und wie er es auch heute erwartet hatte.

„Die Maikönigin", Schauspiel in fünf Akten von Trauen, gelangte am 3. d. zur ersten Aufführung. Wie es uns scheint, ist dies Schauspiel nach einem englischen Romane bearbeitet und zwar von einer sehr bühnengewandten Feder, denn es ist in dem ganzen Stücke mehr auf Bühnen-Effekte Rücksicht genommen als auf Warscheinlichkeit der Situationen und innere Wahrheit der Charaktere. Das Schauspiel beginnt mit einer recht hübschen Schilderung des so überaus poetischen, auch noch in einigen Theilen Deutschlands gebräuchlichen Maienfestes, bald aber nimmt die Theater-Intrigue ihren Anfang, ein professionirter Theater-Bösewicht, der Verwalter Moklead, (Hr. Glabisch) hat sich in ein junges Bauermädchen, Mary, verliebt und da sie Nichts von ihm wissen will, so beschließt er ihr Verderben, macht den Sohn des Lords, einen etwas lockeren jungen Mann, auf ihre Schönheit aufmerksam; dieser verliebt sich auch sofort in sie, wählt sie zur Maikönigin, will sie entführen, verspricht ihr die Ehe — und der tragische Konflikt ist fertig. Dieser steigert sich nun bis zur höchsten Potenz, sie wird von ihrem alten Großvater, von dem man eigentlich gar nicht weiß, wie er dazu kommt, ihr Großvater zu sein, verstoßen, auch ihr hoher Liebhaber wendet sich von ihr, und nur Tom, ihr bäurischer Liebhaber bleibt ihr treu. Der 5. Akt spielt ein Jahr später und zwar wieder zum Maienfeste. Tom ist bemüht, Mary dem Großvater wieder zuzuführen, die, um dessen Verzeihung zu erlangen, sich vor der ganzen Gemeinde erniedrigt, indem sie derselben fußfällig Abbitte leistet, aber von dieser zurückgestoßen wird — nun tritt der deus ex machina, der gerührte alte Lord mit seinem reuigen Sohne, auf, wählt Mary aufs neue zur Maikönigin, und hat jetzt Nichts mehr gegen eine Verheirathung seines Sohnes mit Mary, — diese aber, glücklich, daß ihre Ehre in den Augen der Welt wieder hergestellt ist, schlägt den jungen Lord aus und wendet sich dem jungen Bauer zu, der Einzige, der ihr bisher treu zur Seite gestanden — und so schließt das Stück ganz befriedigend. Die Sprache des Schauspiels ist ziemlich hausbacken, es fehlt ihr jeder poetische Schwung, warm wird man nur bei einzelnen ungemein effektvollen Scenen und durch das vollendete Spiel der Maikönigin Frl. v. Horar, die diese hochtragische Partie zur Geltnng brachte. Jeden Augenblick ließ ihre Darstellung das tiefdurchdachte Studium der Partie durchblicken, ohne dabei im Geringsten übertrieben zu sein, besonders gelangen ihr die Scenen, in denen die Liebe zu dem jungen Lord mit der zu ihrem Großvater ringt. Ungetheilter Beifall und Hervorruf, selbst bei offener Scene, lohnten ihre vorzügliche Leistung. Gut disponirt an diesem Abende war Herr Christiany, der den Tom Field gelungen durchführte und sich für die Charakteristik dieses allerdings verzeichneten Bauernburschen Beifall erwarb. Für die zu den wirksamsten Bühnen-Momenten gehörende Schlußscene des dritten Aktes fehlten ihm ganz besonders die organischen Mittel. Auch Herr Meyer gab ein recht getreues Bild des alten schroffen Pächters Trustman, naturwahr insofern, als er genau den Intentionen des Dichters folgte, der eben nicht allzu naturgetreue Striche an diese Figur gewendet hat. Frl. Klein hatte als junge neckische Lady diesmal vortreffliche Gelegenheit, ihr hübsches Talent zu entfalten und benutzte dieselbe auf's Beste. Hrn. Rueff fehlt für den Godwin äußere Noblesse in Haltung und Ton. Frl. S. Gehrmann war als Peggy ganz allerliebst und rufen wir ihrer hübschen Leistung nochmals ein ausdrückliches Bravo zu. Herr Bredow verlieh dem zuletzt reuigen Lord Vircourt würdige Haltung. Die kleinen Partieen waren durch Fr. Heineccius, Fr. Märtens und Herrn Manke recht wirksam besetzt.

Zum Benefice für Herrn Bruno Manke ging am Sonnabende P. A. Wolff's „Preciosa" in Scene. Den Inhalt dieses Stückes wiederzugeben halten wir für überflüssig, da dasselbe zu bekannt ist. Die Hauptrollen: des Zigeunerhauptmanns und der Zigeunermutter waren Herrn Glabisch und Frau Märtens übertragen, welche sich ihren Aufgaben bestens entledigten. Der Benefiziant gab die Rolle des Don Fernando de Azevedo und Frau Heinneccius die der Donna Clara. Herr B. Meyer hatte die ernste Rolle des Contreras und die komische des Don Pedro, welche beide er in gewohnter Weise gut durchführte. Doch können wir uns der Bemerkung nicht erwähren, daß Hr. Meyer nur in den komischen Rollen sein Element findet. „Preciosa" war von Frl. v. Horar und Don Alonzo von Herrn Rueff, wie man es erwartete, unter wiederholten Beifallszeichen gegeben. Erstere konnte in einzelnen Scenen ihrer schwierigen Rolle das leichte Unwohlsein, von welchem sie am Nachmittage überfallen wurde, nicht unterdrücken; trotzdem präsentirte sie sich in Spiel und Tanz zur allgemeinen Zufriedenheit. Nicht unerwähnt lassen können wir das — hinter den Coulissen vortrefflich gesungene — Zigeunerlied, dagegen befriedigte der Zigeunerchor in keiner Hinsicht den erwarteten Ansprüchen. Zu dieser Vorstellung war ein ziemlich besetztes Haus erschienen, wenigstens konnte man freier athmen, als bei der am vergangenen Mittwoch stattgehabten Benefizvorstellung, zu welcher mehr Billete ausgegeben wurden, als unsere engen Räume Thalias aufnehmen konnten.

— Am 3. d. Mts. Nachmittags bewegte sich ein großes Trauergefolge nach dem jüdischen

Friedhofe. Es galt dem hier verstorbenen Rabb. A. S. Jaffe aus dem polnischen Grenzstädtchen Piotrkow die letzte Ehre zu erweisen. Statt der Wiederherstellung seiner zerrütteten Gesundheit, die der Dahingeschiedene hier erwartet hatte, sollte derselbe in den schönsten Jahren seines Lebens hier sein Grab finden. Ausgezeichnet durch seltene Tugenden und eine vorzügliche talmudische Gelehrsamkeit, zählte der Verblichene zu denjenigen polnischen Rabbinen, denen auch allgemeine Bildung nicht abgeht, und die neben dem eifrigen Gesetzstudium auch der zeitgemäßen Bildung nicht abhold sind. Auf die Nachricht von dem Dahinscheiden ihres hochverehrten Rabbi's hatten sich die Vorsteher und viele sonstige Gemeindemitglieder aus Piotrkow hierher begeben, um die irdische Hülle des Verblichenen zu Grabe zu geleiten. Auf dem Friedhofe sprachen außer dem Rabbiner Hrn. Pollak die Herren Littauer, Schlesinger und zwei Mitglieder der Piotrkower Gemeinde Worte des Schmerzens über den Verlust, den mit dem Wirkungskreise des Dahingeschiedenen auch das orthodoxe Judenthum beklage.

— [Eingesandt.] Die Militärbehörde, welche in vielen Fällen den Wünschen der Civilpersonen nachkommt, dürfte wohl auch auf die Abhülfe nachstehenden Uebels aufmerksam gemacht werden. Bei den jetzigen dunkeln Abenden kam es neulich vor, daß Bürger, welche gegen 11 Uhr Nachts die Friedrichsstraße passirten, der schmutzigen Fahrstraße auswichen, auf den Bürgersteg vor der Caserne sich begaben, hier aber mit dem Posten zusammenstießen. Indem dergleichen Fälle wohl nicht vereinzelt dastehen, wird die Militärbehörde hiermit gebeten, etwaigen eintretenden Unannehmlichkeiten vorzubeugen, die Laterne vor der kgl. Caserne zu erleuchten.

— Die Gerichtsverhandlungen vom 2. d. bringen wir in nächster Nr.

Thorn. In unserem benachbarten Dorfe Gr. Nisziewken herrscht, wie das „Th. W." vernimmt, eine große Aufregung. — Die bedeutendsten und reichsten Besitzer haben nämlich die Zahlung der neuen Grund- und Gebäudesteuer verweigert und sind vor einigen Tagen abgepfändet worden.

Ueber die Steuerverweigerung in Groß-Nisziewken geht dem „Th. W." folgende amtliche Mittheilung zu:

„Unter der Firma Steuer-Exekutionen wird in dem heutigen Wochenblatt über Vorgänge aus Niszewken berichtet. Auf Grund der mir vorliegenden Beschwerden der betreffenden Besitzer habe ich amtlich zu constatiren, daß die Weigerung derselben die Grund- und Gebäudesteuer zu zahlen und die in Folge dessen von dem Schulzenamte verhängten Exekutionen, lediglich darin ihren Grund hatten, daß die Betreffenden den Schulzen als solchen zur Erhebung der Steuern nicht für befugt hielten, vielmehr zunächst die Ausführung der meinerseits angeordneten Wahl des Ortserhebers abgehalten wissen wollten. Die Redaktion ersuche ich diese berichtigende Bemerkung gemäß § 26 des Preßgesetzes in die nächste Nummer des Wochenblattes aufzunehmen." Thorn, den 3. März 1865. Königl. Landrath. Steinmann.

Aus Nißzewken vernimmt genanntes Blatt aus guter Quelle u. A. Folgendes über die dortigen Zustände. Die Besitzer in Nisziewken wollten die so sehr erhöhte Grundsteuer nur Demjenigen zahlen, der von ihnen als Erheber erwählt sei und nicht an Jemanden, der dazu einen Auftrag aufzuweisen nicht im Stande war. Als die Abpfändung vorgenommen wurde, soll das sonst so ruhige Blut der wohlhabenderen Bewohner in eine stärkere Wallung gerathen sein, aber trotz dessen sind bis jetzt die Schranken der gesetzlichen Ordnung nicht verletzt.

Aus Polen wird mitgetheilt, daß sofort nach Abgang des Eises bei Wloclawek eine Schiffbrücke von eisernen Pontons aufgestellt werden wird. Dieselbe ist bereits auf 5 Jahre verpachtet, und zwar für 25,000 Rubel jährlich. Die Kaution ist auf 10,000 Rubel fixirt. Der Tarif ist aber auch sehr hoch normirt. So zahlt z. B. ein Stück Holz je nach der Größe 5 oder 10 Kop., ein Kahn je nach seiner Last 1 oder 2 Rubel. (Th. W.)

Für den übrigen Theil des Blattes ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Theater in Inowraclaw.

Montag, den 6. März. Zum Benefice für Herrn Regisseur Sauer und Gastspiel der Frau Lisli Sauer geb. Gehrmann. **Die Anne-Lise,** oder: **Des alten Dessauer's einzige Liebe.** Historisches Lustspiel in 5 Acten von Hermann Hersch. (Frau Sauer die Anne-Lise, als Gast.)

Dienstag, den 7. März bleibt das Theater wegen der nöthigen Vorbereitungen zu den nächsten Vorstellungen geschlossen.

Mittwoch, den 8. März. Zum Erstenmale **300,000 Teufel.** Große Ausstattungsposse mit Gesang, Tanz und Explosionen in 3 Akten von Jacobsohn und Thalburg. Musik von Michaelis. — Die neuen Decorationen: Die Hölle, Das Schlaraffenland, transparente Champagner-Saal, Höllen-Lokomotive rc. sind vom Decorations-Maler Hrn. Arndt in Bromberg gemalt. — Die neuen Costüme sind nach Pariser Figurinen angefertigt.

Donnerstag, den 9. März. Dieselbe Vorstellung.

H. W. Gehrmann.

Herr Theater-Director Gehrmann wird recht ergebenst ersucht, vor seiner Abreise von hier noch die Stücke: **Deborah — Die Grille — Undina,** sowie ein Paar hübsche größere Lustspiele, welche von seiner tüchtigen Gesellschaft so gut durchgeführt werden, zur Aufführung gelangen zu lassen.

Mehrere hiesige und auswärtige Theaterfreunde.

Handelsberichte.

Inowraclaw, den 5 März 1865.

Man notirt für

Weizen: 125pf. — 130pf. bunt 40 bis 42 Th. 128pf. hellbunt 42 Thlr., 129 — 131pf. hochbunt 43 — 44 Thl. feine und weiße Sorten über Notiz.
Roggen: 123 — 125pf. 25 — 26 Thl.
Gerste: gr. 23 Thl. — 25 Thl.
W.-Erbsen: 30 — 32 Thl.
Hafer: 17 — 18 Thl.
Kartoffel: 7—10 Sgr.

Bromberg, 4. März.
Weizen 44—46 — 48 Thl
Roggen 27 — 29 Thl.
Gerste 25 — 27 Thl.,
Hafer $16\frac{1}{2}$ — 18 Thl.
Erbsen 30 — 34 Thl.
Raps 84 Thl. Rübsen 82 Thlr.
Spiritus ohne Zufuhr

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier $25\frac{1}{2}-\frac{2}{3}$ pCt. Russisch Papier $25\frac{1}{3}-\frac{1}{2}$ pCt. Klein-Courant 20 pCt. Groß Courant 10—12 pCt.

Berlin, 4. März.
Weizen nach Qualität pr. 2100 Pf. 44—57 gef.
Roggen fest loco $35\frac{1}{4}$ bez. - Frühjahr $34\frac{7}{8}$ bez. — Juli-August $37\frac{3}{4}$ bez. September-Oktober 38 bez.
Spiritus loco $13\frac{1}{12}$ April-Mai $13\frac{3}{8}$ bez. — September-Oktober $14\frac{5}{6}$ Gld.
Rüböl: April-Mai 12 bez. — September-Oktober $11\frac{19}{24}$ bez
Russische Banknoten $79\frac{7}{8}$ bez.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw